Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Thüringen

Gentechniknewsletter IV/2015 (August 2015)

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Leserinnen und Leser,

Die Studien, welche auf die ökologischen und gesundheitlichen Risiken von Glyphosat hinweisen, reißen nicht ab:
Glyphosat kann Krebs verursachen (International Agency for Research on Cancer). Fast die Hälfte aller Großstädter hat Glyphosat im Urin (BUND 2013). Glyphosat fördert Krankheiten wie Alzheimer und Diabetes (Massachusetts Institute of Technology 2015). Glyphosat kann Missbildungen bei Neugeborenen hervorrufen (Andrés Carrasco 2010 et al.). Glyphosat dezimiert Regenwürmer und schädigt den Boden (Universität für Bodenkultur Wien 2015). Glyphosat belastet Gewässer und schadet Amphibien (NABU 2013)...
Die Studien, über die wir in den vergangenen Jahren in unserem Newsletter berichtet haben, sind unzählig.
Glyphosat ist ein gefährliches Nervengift. Es ist eine Bedrohung für Mensch und Natur. Darauf deuten zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen hin.
Und trotzdem: Derzeit wird in Deutschland auf ca. 39% aller Ackerflächen Glyphosat versprüht.[1] Hobbygärtner machen von über 500 Tonnen Glyphosat und anderen Spritzmitteln jährlich Gebrauch.[2] Auch die Deutsche Bahn bringt jährlich etwa 80.000 Tonnen des Spritzmittels zur „Vegetationskontrolle“ entlang der Gleise aus.[3]
Wie viele Studien müssen noch durchgeführt werden, bevor diese Vergiftung unserer Umwelt gestoppt wird?

Nach über 10 Jahren läuft die Zulassung der Europäischen Union für den Wirkstoff Ende dieses Jahres aus. Im Herbst wird die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA hierfür ihre entscheidenden Empfehlungen abgeben. Sie stützt sich dabei wesentlich auf das Bundesinstituts für Risikoforschung (BfR), welches federführend die Datenlage evaluiert hat und dabei zu dem Ergebnis kommt, dass von Glyphosat keinerlei Gefahr ausgeht.

Wir werden sehen, wie dieser fachliche Streit zwischen WHO und EFSA/BfR ausgeht. So oder so führt entweder an einem Verbot oder an einer Minimierungsstrategie kein Weg vorbei. Dem gegenüber steht das Millionengeschäft mit Spritzmitteln, die massive Lobbyarbeit der Chemie- und Agrarriesen und eine industrialisierte Landwirtschaft die auf Monokulturen setzt.

Wir hoffen sehr, dass die Europäische Union ihre Entscheidung zu Gunsten von Mensch und Natur und nicht im Namen der Spritzmittelindustrie fällen wird.

Eine aufschlussreiche Lektüre wünschen,
Claudia Schneider und Frank Augsten

[1] Quelle: http://www.zeit.de/wissen/umwelt/2015-07/glyphosat-krebs-herbizid-landwirtschaft
[2] http://www.bund.net/themen_und_projekte/chemie/pestizide/einsatzbereiche/haus_kleingaerten/
[3] Quelle: http://www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/575176/bahn-setzt-weiter-auf-glyphosat-im-gleisbett

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	Regionales	2
2.	Deutsche und Europäische Gentechnikpolitik	2
3.	Gentechnikpolitik Global	3
4.	Wissenschaft und Forschung	4
5.	Landwirtschaft	5
6.	Konsum und Verbraucherschutz	5
7.	Zulassung/Sicherheitsforschung/Haftung/Patente	5
8.	Aktionen/Termine	6
9.	Materialien	6

1. Regionales

Briefaktion für ein bundesweites Gentechnikanbauverbot

Noch im September werden die Beratungen zur nationalen Umsetzung des EU-Gentechnikrechts in die heiße Phase gehen. Das Gesetz soll wahrscheinlich noch Anfang Oktober verabschiedet werden. Agrarminister Schmidt möchte weiterhin, dass die Länder entscheiden, ob in ihrem Bundesland Gentechnik angebaut wird oder nicht. Der BÖLW hat deshalb eine Briefaktion vorbereitet, damit Landwirte, Hersteller, Händler und Verbraucher ihre Wahlkreisabgeordneten schnellstmöglich kontaktieren können. Wir fordern Sie dazu auf: Schreiben Sie jetzt an Ihre Wahlkreisabgeordneten! Fordern Sie diese dazu auf, für ein bundesweites Verbot der Agrogentechnik zu stimmen!
Ein Musterbrief des BÖLW und die Adressen der Thüringer Bundestagsabgeordneten finden Sie am Ende dieses Newsletters.

Thüringer Landesregierung unterstützt Bundesrats-Initiative

Die Bundesländer Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein haben am 10. Juli einen Antrag in den Bundesrat eingebracht, der sich gegen die opt-out-Pläne von Bundesagrarminister Schmidt wendet. Die Länder fordern bundeseinheitliche Verbote in Verantwortung der Bundesregierung unter Einbeziehung der Länder. Das Land Thüringen unterstützt diese Bundesratsinitiative.

2. Deutsche und Europäische Gentechnikpolitik

Import-Opt Out der EU-Kommission steht vor dem Aus

Ein Gesetzentwurf der EU-Kommission zum Import von GVO wird sehr wahrscheinlich am Widerstand des Parlaments scheitern. Dies geht aus einer Pressemitteilung des EU-Parlaments hervor. Die EU-Kommission möchte die Entscheidungsgewalt über den Import von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermittel auf die Mitgliedsstaaten übertragen. Parlamentsabgeordnete aller politischen Gruppierungen lehnen das sogenannte Import-Opt Out ab. Dieses verstoße gegen die Prinzipien eines freien EU-Binnenmarktes als auch Regeln der Welthandelsorganisation. Auch eine Folgenabschätzung fehlt dem Gesetzesentwurf. Der Umweltausschuss des EU-Parlaments wird Anfang Oktober über den Gesetzesentwurf abstimmen, bevor dieser anschließend im Parlament behandelt wird.

Quelle: Pressemitteilung des EU-Parlaments: GMO imports: MEPs object to draft lawallowing national bans, call for plan B;
http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/content/20150713IPR80661/html/GMO-imports-MEPs-object-to-draft-law-allowing-national-bans-call-for-plan-B.

EU baut weniger GVO an, importiert dafür viel

In einem Bericht zeigt sich das Landwirtschaftsministerium der Vereinigten Staaten (USDA) besorgt über die gentechnikfeindliche Politik der EU. Der Anbau von GVO nehme in der Europäischen Union weiter ab. Dies sei auf die geringer Getreidepreise und die erhöhte EU-Bürokratie zurückzuführen - so das Landwirtschaftsmagazin Agrimoney mit Bezug auf einen Bericht des USDA. Auch neue gentechnikfeindliche Regelungen im EU-Mitgliedsstaat Rumänien seien für den weiteren Rückgang des Anbaus ursächlich. In Tschechien gebe es zudem Schwierigkeiten, gv-Mais angemessen zu vermarkten. Selbst in Spanien, dem einzigen EU-Mitgliedsland, welches noch großflächig Mon810 anbaut, nehme der Anbau ab.
Der Import an gv-Getreide bleibe jedoch gleichzeitig "dank der schwierigen Suche nach konventionellen Alternativen" ungebrochen - so USDA weiter.

Quelle: Agrimoney.com: EU sowings of GM crops tumble - but imports large, http://www.agrimoney.com/printnews.php?id=8625&area=n.

Erste EU-Mitgliedsstaaten planen nationale Anbauverbote

Die Regierung Schottlands möchte den Anbau von GVO auf seinem Gebiet verbieten. Damit macht die dezentralisierte Regierung Schottlands als erste Gebrauch vom neuen Gentechnikgesetz der EU. Das Land möchte so die Schönheit seiner Natur schützen. Die schottischen Konsumenten seien zudem nicht an gv-Produkten interessiert - so der schottische Umweltminister Richard Lochhead.
In Österreich soll nun ebenfalls ein einheitliches Rahmengesetz den Weg für ein nationales Anbauverbot frei machen. Dort ist die Gentechnik bisher vor allem Sache der Bundesländer.
Auch Frankreich arbeitet mittlerweile an einem Opt-Out Gesetzt.

Quelle: Reuters: Scotland says to ban growing of genetically modified crops, http://uk.reuters.com/article/2015/08/09/uk-scotland-gmo-idUKKCN0QE0GW20150809.
Öko Test Nr. 9 2015, S. 44.
Informationsdienst Gentechnik: Frankreich entwirft Opt-Out Gesetz, http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/31077.html.

3. Gentechnikpolitik global

US-Repräsentantenhaus will GVO-Kennzeichnung verhindern

Das US-Repräsentantenhaus hat für ein Gesetz gestimmt, welches bei der Kennzeichnung gentechnisch veränderter Zutaten auf Freiwilligkeit der jeweiligen Firmen setzt. Eine verpflichtende Kennzeichnung wie in der EU gibt es dort nicht. Das Gesetz würde gleichzeitig die bestehenden Kennzeichnungspflichten in einigen Bundesstaaten wieder aushebeln. Bisher bestehen in den Staaten Connecticut, Vermont und Maine Kennzeichnungspflichten. In anderen Staaten waren solche Gesetze an der massiven Lobbyarbeit von Monsanto und Co. gescheitert.
Der „Safe and Accurate Food Labeling Act of 2015“ beraubt den Amerikanern nun ihr Recht, zu wissen, was in ihrem Essen steckt, kritisieren Verbände. Über das Gesetz muss nun abschließend noch im Senat entschieden werden.

Quelle: The Hill: House passes bill blocking states from requiring GMO labels on food, http://thehill.com/blogs/floor-action/house/248974-house-passes-gmo-labeling-reform-bill.
The CT Mirror: Congress seeks to override Connecticut’s GMO-labeling law, http://ctmirror.org/2015/08/07/congress-seeks-to-override-connecticuts-gmo-labeling-law/.

Kenia auf gentechnikfreundlichen Kurs

Drei Jahre lang war der Import von GVO in Kenia verboten. Nun gab Vizepräsident William Ruto bekannt, dass das Kabinett das Verbot in den nächsten Monaten wieder aufheben wird. Dieses erfolgte 2012, nachdem eine Studie zu dem Ergebnis gelangt war, dass der Verzehr von Monsanto-Mais Krebs bei Ratten hervorruft.
Ebenso wurde unlängst bekannt, dass ein neuer gv-Mais ab November in Kenia angebaut wird. Der WEMA Bt-Mais wurde durch die Kenya Agricultural and Livestock Research Organisation und die African Agricultural Technology Foundation entwickelt.

Quelle: Standard Digital: Why lifting GMO ban remains contentious despite attempts to introduce it in Kenya, http://www.standardmedia.co.ke/article/2000172999/why-lifting-gmo-ban-remains-contentious-despite-attempts-to-introduce-it-in-kenya.
Standard Digital: New genetically modified maize seed to be launched in November, http://www.standardmedia.co.ke/health/article/2000171381/new-genetically-modified-maize-seed-to-be-launched-in-november.

4. Wissenschaft und Forschung

Glyphosat schädigt den Boden

Der Einsatz des Spritzmittels Roundup fügt den Boden immensen Schaden zu. Zu diesem Resultat sind Wissenschaftler der Universität für Bodenkultur Wien gekommen. Sie untersuchten, wie sich das Spritzmittel, dessen Hauptbestandteil Glyphosat ist, auf Regenwürmer auswirkt. Das Resultat der Studie: Die Anzahl verschiedener Regenwurmarten nimmt erheblich ab. Zudem steigt der Nitrat- und Phosphatgehalt in den Böden stark an. Damit einher geht das Risiko, dass diese Salze auch in das Grundwasser gelangen.

Quelle: Gaup-Berghausen, Mailin/Hofer, Martin/Rewald, Boris/Zaller, Johann G. 2015: Glyphosate-based herbicides reduce the activity and reproduction of earthworms and lead to increased soil nutrient concentrations, http://www.nature.com/articles/srep12886.

Erstmals Resistenz gegen Glyphosat in Frankreich nachgewiesen

Ein französisch-spanisches Forscherteam hat in Frankreich erstmals eine Resistenz gegen Glyphosat nachgewiesen. Dies beschreibt ein Artikel in der Fachzeitschrift Agronomic Sustainable Development. Die Resistenz ist bei der krautigen Pflanze "Steif-Loch" aufgetreten.

Quelle: Genethischer Informationsdienst Nr. 231, August 2015, S. 22.

Wissenschaftsjournal zieht Studie zu Golden Rice zurück

Das American Journal of Clinical Nutrition hat eine Studie um dem umstrittenen "Golden Rice" zurückgezogen. Die Studie kam 2014 zu dem Ergebnis, dass der gv-Reis ein guter Vitamin A-Spender ist. Der Leitautor der Studie, Guangwen Tang, scheiterte nun mit einer Klage vor einem Kammergericht in Masachusetts. Dort wollte er die Rücknahme der Studie noch verhindern.
Ursächlich für den Rückzug sind ethische Verstöße bei deren Durchführung. Greenpeace hatte aufgedeckt, dass der Reis an Kindern in China getestet wurde. Diese wussten genauso wenig wie ihre Eltern, dass sie gentechnisch veränderte Nahrungsmittel konsumierten. Das Wissenschaftsmagazin wirft den Autoren der Studie zudem vor, Genehmigungen gefälscht zu haben, um ethische Verstöße zu verwischen.

Quelle: Retractionwatch: Golden rice paper pulled after judge rules for journal, http://retractionwatch.com/2015/07/30/golden-rice-paper-pulled-after-judge-rules-for-journal/.

5. Landwirtschaft

Übernahmeschlacht um Syngenta

Monsato hat, wie schon im Mai, erneut versucht, seinen Konkurrenten Syngenta aufzukaufen. Erneut lehnte der Schweizer Konzern das Angebot ab. Der Agentur Reuters zu Folge hatte auch der deutsche Chemiekonzern BASF ein Gegenangebot vorbereitet. Der Konzern habe sich für den Fall eines erneuten Übernahmeangebots 50 Milliarden Dollar bei mehreren Banken gesichert. Dieser Betrag liegt über den von Monsanto gebotenen 45 Milliarden Dollar.
Syngenta-Chef Mike Mack wetterte unterdessen gegen die Geschäftsstrategie Monsantos: Dessen Gentechnik-Geschäftsmodell erweise sich als Einbahnstraße. Der Markt an Gentechniksaatgut sei weitestgehend gesättigt. Syngenta setze hingegen verstärkt auf Pflanzenschutzmittel. Für dieses lassen sich momentan höhere Preise als für Saatgut erzielen.

Quellen: Handelsblatt: BASF bereitet Gegengebot für Syngenta vor, http://www.handelsblatt.com/unternehmen/industrie/kampf-gegen-monsanto-basf-bereitet.
20 Minuten: Syngenta-Chef wettert plötzlich gegen Genmais, http://www.20min.ch/finance/news/story/16737492.
Informationsdienst Gentechnik: Monsanto-Syngenta-Deal geplatzt, http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/31076.html.

6. Konsum und Verbraucherschutz

Imker teilweise für gentechnische Verunreinigung seines Honigs entschädigt

Ein jahrelanger Rechtsstreit um gentechnisch-verunreinigten Honig geht nun mit einem Vergleich zu Ende. Der Freistaat Bayern zahlt einem Imker 6.000 Euro Schadenersatz.
Die bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft hatte auf einem Feld Mais der Sorte Mon 810 angebaut. Pollen des gv-Maises wurden schließlich im Honig eines 2km entfernt wohnenden Imkers festgestellt. Der Honig war somit unverkäuflich. Der Mais war nur als Futter- nicht aber als Lebensmittel zugelassen. Die 6.000 Euro Schadenersatz, die dem Imker nun zugestanden wurden, decken etwa die Hälfte des entstanden Schadens. Dies kritisiert auch der Verein für wesensgemäße Bienenhaltung, Mellifera: So bleiben die Imker auf den Kosten für die Prävention sitzen. Zudem könnten Lebensmittelzulassungen für GVO künftig dafür sorgen, dass Honig dann ganz legal gentechnisch veränderte Bestandteile beinhalten darf.

Quelle: TAZ: Gentechnik-Schaden nur halb ersetzt, http://www.taz.de/!5221491/.

7. Zulassung/Sicherheitsforschung/Haftung/Patente

40 Funde nicht zugelassener GVO in der EU

Im vergangenen Jahr sind 40 Meldungen zu Funden nicht zugelassener gentechnisch veränderter Organismen bei der EU-Kommission eingegangen. Am häufigsten wurde die aus China stammende nicht zugelassene gv-Reissorte Bt63 aufgefunden. Diese wurde in Futtermittelzusatzstoffen entdeckt. Auch gv-Baumwolle von der Elfenbeinküste und gv-Mikroorganismen in Futtermittelzusätzen konnten nachgewiesen werden. Doch nicht nur in Futtermitteln, sondern auch in Lebensmitteln wurden nicht zugelassene GVO nachgewiesen. Die meisten dieser Fälle gehen auf gv-Papaya aus Thailand zurück.

Quelle: Genethischer Informationsdienst Nr. 231, August 2015, S. 22.

EU entscheidet über Zulassungsverlängerung von Glyphosat

Am 31. Dezember endet die EU-Genehmigung über den Wirkstoff Glyphosat. Bis dahin muss die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) entscheiden, ob der Wirkstoff eine Neuzulassung bekommt.

Jüngst hatte ein Bericht des Krebsforschergremiums der Weltgesundheitsorganisation (IARC) die gesundheitlichen Gefahren des Wirkstoffes aufgezeigt. Ein Bericht des deutschen Bundesinstituts für Risikoforschung (BfR) geht hingegen davon aus, dass der Stoff unbedenklich sei. In der Regel greift die EU bei der Entscheidung über eine Zulassungsverlängerung auf die Berichte des BfR zurück.

Was genau in dem Risikobericht steht, bleibt derweilen unklar. Deutsche als auch EU-Behörden verweigern den Zugang zu dem Bericht. Dabei zieht das Institut bei der Erstellung seiner Berichte vor allem Studien der Hersteller heran. Recherchen der Süddeutschen Zeitung zeigen zudem, dass selbst Leserbriefe von Industrievertretern in der Vergangenheit als Studien gewertet wurden.

Die Industrie verdient Milliarden mit dem Mittel. Ein Groß der konventionell wirtschaftenden Landwirte machen vom dem Inhaltsstoff Gebrauch. Ein Verbot wäre somit ein harter Schlag.

Die Bauernzeitung stellte deshalb in ihrer jüngsten Ausgabe schon mal die strategische Frage, wie es nach einen Verbot für konventionelle Landwirte weitergehen könnte. „Kommt nun der Pflug?“, fragt sich das Blatt und fasst schon mal zusammen, wo man einen Solchen günstig erwerben kann.

Letztendlich sieht der Autor des Artikels die Lage jedoch gelassen. Einiges spreche für eine „seelenruhige Fortführung des pfluglosen Anbausystems.“ So sei die Wahrscheinlichkeit einer Zulassungsverlängerung nicht unbeträchtlich. Dies liege unter anderem an der „positiven Einstellung der wesentlichen Behörden zum Wirkstoff“.

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 20.08.2015;
Bauernzeitung für Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, 33. Ausgabe, 56. Jahrgang, S. 44f.

EU-Lebensmittelbhörde beschreibt Bienengefährlichkeit von Neonicotinoiden

Die EU-Lebensmittelbhörde EFSA beschreibt in einem diese Woche veröffentlichten Bericht große Risiken für Bienen durch Neonicotinoide. Dargestellt werden in dem Bericht hohe Risiken durch die Insektizide Thiamethoxam von Syngenta sowie Clothianidin und Imidacloprid des Agro-Konzerns Bayer.

Bereits seit 2013 gilt in der EU ein Moratorium auf die Anwendung bestimmter Pflanzen, die besonders attraktiv für Bienen sind. Das Verbot gilt für Raps, Mais, Sonnenblumen und Baumwolle. Wintergetreide und andere Kulturen sind hingegen davon ausgenommen. Greenpeace fordert nun ein vollständiges Neonicotinoidverbot.

Quelle: Informationsdienst Gentechnik: EFSA sieht in Neonicotinoiden Bienengefahr,
http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/31066.html.

9. Aktionen/Termine

Bundesweite Großdemo gegen TTIP in Berlin, 10. Oktober, 12 Uhr, Berlin/Hbf
Im Herbst 2015 geht die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln. Ein breites Bündnis ruft nun dazu auf, den Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen!
www.ttip-demo.de

Der BUND Thüringen sammelt bereits Interessenten für eine gemeinsame Busfahrt von Erfurt (über Weimar, Jena) nach Berlin (und zurück).
Bei Interesse schicken Sie eine Mail mit ihren Kontaktdaten und der gewünschten Platzzahl an ralf.goehring@bund.net (Betreff \"TTIP-Bus\") oder
hinterlassen Sie diese telefonisch: 03615550343

Unterschriftenaktion für ein Glyphosatverbot:
https://www.bund.net/aktiv_werden/aktionen/glyphosat_verbieten/jetzt_mitmachen/

Petition an die EU-Kommission zur Erneuerung des Neonicotinoid-Verbotes:
http://action.sumofus.org/de/a/bienenkiller-uk-de/?akid=12754.3017384.clbzlz&rd=1&sub=fwd&t=1001

10. Materialien

Bericht zu gv-Freilandversuchen in Sachsen Anhalt:
http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/sommertour-gatersleben100_zc-a2551f81_zs-ae30b3e4.html

FAZ Interview mit Forschungsministerin Johanna Wanka:
http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/interview-mit-johanna-wanka-zur-forschung-13710617.html

Gen-ethischer Informationsdienst GID Nr. 231 (August 2015)
Schwerpunkt Gendiagnostik 3.0?
www.gen-ethisches-netzwerk.de

Der Thüringer Imker Nr. 4/2015
Informationsblatt des Landesverbandes Thüringer Imker
www.lvthi.de

Thüringer Ökoherz e.V.. Neuigkeiten aus Weimar/August 2015
Termine, Veranstaltungen, Pressemitteilungen
www.oekoherz.de

Impressum:
Herausgeber:
Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Thüringen
Thüringer Ökoherz e.V.
Schlachthofstraße 8 - 10
99423 Weimar

V.i.S.d.P.: Claudia Schneider
Kontakt: Tel. 03643 4953088
E-mail: c.schneider@oekoherz.de
Redaktionsschluss: 31. August 2015

Musterbrief an Abgeordnete für ein bundesweites Gentechnikverbot:

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter,

Gentechnik ist teuer und riskant. Deshalb wollen 80 % der Menschen in Deutschland keine Gentechnik auf dem Acker und auf dem Teller. Als Mitglied des Bundestages werden Sie in den nächsten Wochen darüber entscheiden, ob Gentechnik auf Deutschlands Äckern wächst oder nicht. Denn nach der parlamentarischen Sommerpause soll die EU-Richtlinie 2015/412, die neue Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen ermöglicht, durch eine Überarbeitung des Deutschen Gentechnikgesetzes in nationales Recht umgesetzt werden.
Bundesagrarminister Christian Schmidt hat dafür im Juni einen überarbeiteten Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem Anbauverbote vor allem auf der Ebene der Bundesländer geregelt werden sollen. Und das, obwohl alle bisher vorgelegten Rechtsgutachten belegen, dass Anbauverbote mindestens ebenso gut von der Bundesregierung erlassen werden können. Über Art und Umfang von Anbaubeschränkungen oder Verbote soll ein neuer, 20-köpfiger „Anbau-Ausschuss" beraten.
Doch auch mit diesem Gesetzentwurf bleibt die Gefahr eines Flickenteppichs mit unterschiedlichen Länder-Regelungen bestehen. Und der neue Ausschuss macht Verbotsverfahren vor allem komplizierter und langwieriger, aber nicht besser.
Doch nicht nur auf effiziente, bundesweit wirksame Regeln, die die Gentechnikfreiheit in Deutschland stärken, müssen Lebensmittelwirtschaft und Verbraucher weiter warten. In einer neuen Passage des Gesetzentwurfs sollen sogar bestehende Regelungen gelockert werden, die bisher sicherstellen, dass illegale Gentechnik-Pflanzen sofort aus dem Verkehr gezogen werden.

Das neue Gentechnikgesetz wird Deutschlands Äcker nur dann gentechnikfrei halten können, wenn:
- *Anbauverbote immer auf Bundesebene und mit bundesweit flächendeckender Gültigkeit ausgesprochen werden; dazu braucht es keine neuen Ausschüsse oder Arbeitskreise*
- *das Gesetz dem Schutz der gentechnikfreien Produktion Priorität vor der „Koexistenz" mit dem Gentech-Anbau einräumt;*
- *mit dem Gesetz die gentechnikfreie Imkerei wirksam vor Gentechnik-Verunreinigungen geschützt wird, z. B. durch Einführung von Sicherheitsabständen zwischen Bienenstöcken und Flächen mit gentechnisch veränderten Pflanzen;*
- *zum sicheren Schutz vor Einträgen aus Gentechnik-Flächen die bisher festgelegten Abstände zwischen Flächen mit Gentech-Pflanzen und gentechnikfrei bewirtschafteten Felder deutlich erhöht werden;*
- *die Anbau- und Verwendungsverbote für Gentechnik-Pflanzen ohne EU-Zulassung unverändert beibehalten werden;*
- *im Gentechnikrecht endlich das Verursacherprinzip umgesetzt wird – d.h. dass die Entwickler und Nutzer gentechnisch veränderter Pflanzen müssen für die hohen Kosten der Kontaminationsvermeidung in der gentechnikfreien Lebensmittelwirtschaft haften müssen.*

Das Bundesverfassungsgericht betont in einem Urteil zum Gentechnikgesetz (24.11.2010): „Mit der Möglichkeit, gezielt Veränderungen des Erbgutes vorzunehmen, greift die Gentechnik in die elementaren Strukturen des Lebens ein. (…) Die Ausbreitung einmal in die Umwelt ausgebrachten gentechnisch veränderten Materials ist nur schwer oder auch gar nicht begrenzbar. Angesichts eines noch nicht endgültig geklärten Erkenntnisstandes der Wissenschaft bei der Beurteilung der langfristigen Folgen eines Einsatzes von Gentechnik ***trifft den Gesetzgeber eine besondere Sorgfaltspflicht****."*

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, sehr geehrter Herr Abgeordneter, wir appellieren an Sie: ***Nehmen Sie Ihre besondere Sorgfaltspflicht ernst!*** *Handeln Sie im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher, Bäuerinnen und Bauern, der mittelständischen Ernährungswirtschaft und dem Lebensmittelhandel und beschließen Sie ein Gesetz, mit dem bundesweit, ohne Schlupflöcher und mit einfachen Instrumenten der Anbau von Gentechnik-Pflanzen sicher unterbunden werden kann.*

Mit freundlichen Grüßen

Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Thüringen

Adressen der Thüringer Bundestagsabgeordneten

Anrede	Vornamae	Name	Adresse	PLZ		Email	Partei
Herrn	Frank	Tempel	Marktgasse 1	04600	Altenburg	frank.tempel@wk.bundestag.de	DIE LINKE.
Frau	Kersten	Steinke	Erfurter Straße 22	06567	Bad Frankenhausen	kersten.steinke.wk01@bundestag.de	DIE LINKE.
Frau	Carola	Stauche	Obere Straße 17	07318	Saalfeld	buero-slf@carola-stauche.de	CDU/CSU
Herrn	Volkmar	Vogel	Brunnenstraße 2	07580	Ronneburg	volkmar.vogel@wk.bundestag.de	CDU/CSU
Herrn	Albert	Weiler	Steinweg 14	07607	Eisenberg	info@albert-weiler.de	CDU/CSU
Herrn	Ralph	Lenkert	Markt 4	07743	Jena	ralph.lenkert.wk@bundestag.de	DIE LINKE.
Herrn	Manfred	Grund	Wilhelmstraße 20	37308	Heilbad Heiligenstadt	manfred.grund@bundestag.de	CDU/CSU
Frau	Sigrid	Hupach	Marktplatz 6/7	37308	Heilbad Heiligenstadt	sigrid.hupach.ma70@bundestag.de	DIE LINKE.
Herrn	Mark	Hauptmann	Friedrich-König-Straße 9	98527	Suhl	info@mark-hauptmann.de	CDU/CSU
Frau	Iris	Gleicke	Würzburger Straße 3	98529	Suhl	iris.gleicke@wk.bundestag.de	SPD
Herrn	Tankred	Schipanski	Schwanitzstraße 11	98693	Ilmenau	kontakt@tankred-schipanski.de	CDU/CSU
Frau	Katrin	Göring-Eckardt	Lutherstraße 5	99084	Erfurt	erfurt@goering-eckardt.de	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau	Antje	Tillmann	Brühler Straße 4	99084	Erfurt	antje.tillmann.wk@bundestag.de	CDU/CSU
Herrn	Carsten	Schneider	Andreasstraße 25 a	99084	Erfurt	carsten.schneider.wk@bundestag.de	SPD
Herrn	Johannes	Selle	Hospitalstraße 88	99706	Sondershausen	johannes.selle.wk01@bundestag.de	CDU/CSU
Herrn	Steffen-Claudio	Lemme	Hauptstraße 7	99706	Sondershausen	steffen-claudio.lemme.wk02@bundestag.de	SPD
Herrn	Christian	Hirte	Georgenstraße 27	99817	Eisenach	christian.hirte.ma04@bundestag.de	CDU/CSU
Frau	Martina	Renner	Blumenbachstraße 5	99867	Gotha	martina.renner.ma03@bundestag.de	DIE LINKE.